Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6274**

14. Wahlperiode 14. 06. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Dirk Niebel, Birgit Homburger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/5078 –

Wehrpflicht aussetzen

A. Problem

Die Allgemeine Wehrpflicht ist aus der Sicht der Fraktion der .D.P. sicherheitspolitisch nicht mehr zwingend notwendig. Sie soll daher ausgesetzt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 14/5078 abzulehnen.

Berlin, den 30. Mai 2001

Der Verteidigungsausschuss

Helmut Wieczorek (Duisburg) Vorsitzender	**Kurt Palis** Berichterstatter	**Paul Breuer** Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Kurt Palis und Paul Breuer

I. Überweisung

Der Antrag auf der Drucksache 14/5078 wurde in der 144. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Januar 2001 an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

II. Stellungnahmen der mit beratenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage in seiner 84. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS bei Enthaltung eines Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage in seiner 66. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS bei Enthaltung einer Stimme der SPD und Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Verteidigungsausschuss** hat in seiner 73. Sitzung am 30. Mai 2001 den Antrag auf der Drucksache 14/5078 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS abgelehnt.

Aus Sicht der Fraktion der SPD ist die Allgemeine Wehrpflicht für Deutschland nach wie vor sicherheitspolitisc notwendig, gesellschaftspolitisch wünschenswert und rechtlich zulässig. Auch streitkräftespezifische Aspekte würde für die Beibehaltung der Wehrpflicht sprechen, da die Bundeswehr zurzeit ca. die Hälfte ihrer Zeit- und Berufssoldaten aus Wehrpflichtigen gewinne. Die ehrpflichtarmee scha fe damit bessere Voraussetzungen für die langfristige Sicherung der Qualität und Professionalität des Personals der Streitkräfte.

Die Fraktion der CDU/CSU hält die Auffassung der F.D.P. für einen schweren Fehler . Sicherheitspolitik sei immer auch Vorsorge für nicht überschaubare Zeiträume. Das habe die Entwicklung der letzten zehn Jahre gezeigt. In Anlehnung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts müsse sich die Wehrpflicht in erster Linie sicherheitspoli tisch legitimieren. Diese Legitimation sei angesichts der sicherheitspolitischen Lage nach wie vor gegeben. Mit diesem Antrag gebe man aber mit Blick auf künftige Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ein fatales Signal. Die großen Fraktionen der SPD und CDU/CSU sollten unabhängig von Koalitionsfragen klar für die Wehrpflicht vo tieren. Man frage sich auch, wie sich der vorliegende Antrag im Hinblick auf die konzeptionelle Gestaltung der Bundeswehr auswirken werde. Die F.D.P. müsse deutlich sagen, wohin die Bundeswehr ohne die Wehrpflicht steuern werde Die Aussetzung käme nämlich einer Abschaffung quasi gleich. Die Abschaffung der Wehrpflicht würde eine ange messene Aufwuchsfähigkeit und den deutschen Beitrag im Bündnis ebenso gefährden wie eine weitere Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Einsätzen im Ausland. Die Fraktion der CDU/CSU lehne diesen Antrag eindeutig ab und plädiere dafür, diesen zügig im Plenum zu beraten.

Aus Sicht der Fraktion der F.D.P. dürfe man die Wehrpflich nur sicherheitspolitisch begründen. Wichtig sei eine intensive öffentliche Debatte. Wenn es dazu komme, werde die Fraktion der F.D.P. auch konzeptionelle Neuerungen vor-schlagen und einen entsprechenden Antrag einbringen. Keinesfalls dürfe man die Wehrpflicht aus der Notwendigkei des Zivildienstes heraus legitimieren; dies entspreche nicht der Verfassung. Man sei der Auffassung, alle Aufträge der Bundeswehr könnten auch mit einer freiwilligen Armee geleistet werden.

Die Position der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die, dass die Wehrpflicht sicherheitspolitisch nicht für unverzichtbar und verfassungsrechtlich für schwer begründbar gehalten wird. In jedem Fall sei sie ein Rekrutierungsinstrument für eine höhere Aufwuchsstärke. Ebenso sei eine gesellschaftspolitische Begründung unbestritten. Den Einstellungswandel bei der Fraktion der F.D.P. zum Thema Wehrpflicht begrüße man

Aus Sicht der Fraktion der PDS verweigere sich die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einer öffentlich geführten Debatte. Spätestens die zu erwartenden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts würden zu einer öffentlichen Debatte führen, wenn zu Gunsten der Aussetzung oder Abschaffung der Wehrpflicht entschieden würde Die sicherheitspolitische Begründung für das Beibehalten der Wehrpflicht sei nicht ausreichend. Man betrachte di Wehrpflicht als einseitige Diskriminierung junger Männe in Deutschland und halte die Wehrpflicht für obsolet.

Berlin, den 1. Juni 2000

Kurt Palis
Berichterstatter

Paul Breuer
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333